

Wochenbericht

Bauwirtschaft: Konjunkturprogramme zeigen Wirkung

Seite **812**

Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen spielen im Wohnungsbau eine immer größere Rolle. Der Wirtschaftsbau ist durch den Konjunkturreinbruch kräftig geschrumpft. Der öffentliche Bau expandiert programmgemäß. Die Preise bleiben vorerst stabil.

Von Martin Gornig und Sebastian Weber

„Abwärtsspirale am Bau durchbrochen“

Seite **813**

Acht Fragen an Martin Gornig

Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten

Seite **821**

Wie einfach oder wie schwierig soll es sein, die deutsche Staatsbürgerschaft und damit das Wahlrecht zu bekommen? Eine bei den Parteien hoch umstrittene Frage – nicht zuletzt weil manche Parteistrategen wohl fürchten, die Neubürger könnten die jeweilige Konkurrenz unterstützen. Eine Analyse der langfristigen Parteibindungen von Menschen mit Migrationshintergrund indes zeigt: Auswirkungen auf die Machtverhältnisse sind nicht zu erwarten. Zwar können sowohl Union als auch SPD bestimmte Zuwanderergruppen besonders an sich binden – in der Summe verteilen sich die langfristigen Bindungen jedoch so wie beim Rest der Wahlbürger.

Von Martin Kroh und Ingrid Tucci

Trotz ökonomischer Erfolge: Die DDR wirkt nach

Seite **830**

Kommentar von Gert G. Wagner

Bauwirtschaft: Konjunkturprogramme zeigen Wirkung

Martin Gornig
mgornig@diw.de

Sebastian Weber
sweber@diw.de

Der scharfe Einbruch der deutschen Konjunktur hat Spuren in der Bauwirtschaft hinterlassen. Besonders betroffen ist der Wirtschaftsbau, da durch den gesamtwirtschaftlichen Abschwung die Investitionsbereitschaft deutlich zurückgegangen ist. Beim Wohnungsbau ist die Rezession dank der stabilen Arbeitsmarkt- und Reallohnentwicklung und spezieller Förderprogramme nicht angekommen. Der öffentliche Bau legt 2009 sogar stark zu, vor allem seit der Jahresmitte, als die Wirkung des zweiten Konjunkturprogramms einsetzte. Der Preisauftrieb wird dabei moderat bleiben, da durch den Rückgang im Wirtschaftsbau Kapazitäten frei wurden.

Insgesamt wird die deutsche Bauproduktion in diesem Jahr gegenüber 2008 real nahezu unverändert bleiben. Im Jahr 2010 werden die Konjunkturprogramme für eine spürbare Belebung sorgen, die sich auch positiv auf die Gesamtwirtschaft auswirken wird. In der Summe ist für 2010 mit einem Wachstum der Bauproduktion von preisbereinigt mehr als zwei Prozent zu rechnen. Überdurchschnittlich profitiert das Bauhauptgewerbe. Aus konjunktureller Sicht erfüllen die Investitionsprogramme damit ihre beabsichtigte Wirkung, die Bauwirtschaft zu stabilisieren.

Wohnungsbau überraschend stabil

Der Wohnungsbau unterliegt seit Jahren starken Strukturveränderungen.¹ Diese sind geprägt durch eine massive Verlagerung der Bauaktivitäten vom Neubau zu Baumaßnahmen im Bestand (Tabelle 1). Im Jahr 2000 entfielen noch mehr als 40 Prozent der Wohnungsbauleistungen auf den Neubaubereich. Bis 2008 schrumpfte das Neubauvolumen von rund 65 Milliarden Euro auf weniger als die Hälfte. Wesentliche Gründe hierfür waren stagnierende Haushaltszahlen und die schwache Einkommensentwicklung in Verbindung mit einer Rückführung der Wohnungsbauförderung. Gleichzeitig nahm der Umfang von Bestandsmaßnahmen stark zu. Im Jahr 2008 entfielen nahezu 80 Prozent des Wohnungsbauvolumens auf Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen.

Die zeitnahe Erfassung der Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen ist allerdings mit großen Unsicherheiten verbunden, da hier vor allem das Ausbaugewerbe die Bauleistungen erbringt, welches in der regelmäßigen Bauberichterstattung nur unzureichend abgebildet wird. Allein die Auswertungen der Umsatzsteuerstatistik lassen für diesen Bereich des Baugewerbes zuverlässige Einschätzungen der Produktionsleistung zu. Die Umsatzsteuerstatistik liegt jedoch nur mit etwa zweijähriger Verspätung vor. Gegenwärtig sind demnach nur Angaben bis 2007 verfügbar.

Für eine weiterhin stabile Entwicklung der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Wohnungsbau sprechen insbesondere unterstützende öffentliche Maßnahmen aus dem Konjunk-

¹ Gornig, M., Görzig, B., Steinke, H., Weber, S.: Strukturdaten zur Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe – Berechnungen für das Jahr 2008. www.bmvbs.de/Anlage/original_1101519/DIW-Bauvolumens-berechnung-2008-Endbericht.pdf.

Acht Fragen an Martin Gornig

„Abwärtsspirale am Bau durchbrochen“



Herr Prof. Gornig, wie stark ist die deutsche Bauwirtschaft von der Wirtschaftskrise betroffen?

Zum einen ist die Bauwirtschaft durch die Krise betroffen, vor allem weil die Industrie die Investitionen gestoppt hat. Damit ist auch der Wirtschaftsbau stark zurückgegangen. Auf der anderen Seite hat der Staat sehr schnell mit Konjunkturprogrammen reagiert und damit positive Impulse gesetzt.

Wie hat sich die deutsche Bauwirtschaft in den letzten Jahren entwickelt?

Seit 2007 hat sich die Bauwirtschaft sehr positiv entwickelt. Die Mehrwertsteuererhöhung gab den ersten Impuls, und im Wohnungsbau ging es los mit der energetischen Modernisierung, die es langsam schaffte, den schwachen Wohnungsneubau zu ersetzen.

Die Krise trifft den Wirtschaftsbau in besonderem Maße – zeigt sich da der Wohnungsbau krisenfester?

Ja, der Wohnungsbau zeigt sich stabiler, allerdings auf niedrigem Niveau. Die Neubautätigkeit ist seit Jahren schwach, es gibt aber eine hohe Modernisierungstätigkeit. Diese Substanzerhaltung hat mittlerweile einen konstanten Wert erreicht, auch dank der Konjunkturprogramme. Was die Sanierung und die steuerliche Förderung von Handwerksleistungen angeht, gab es entsprechende Programme, die zur Stabilität beigetragen haben.

Also ist die Bestandspflege mittlerweile wichtiger als das Geschäft mit Neubauten?

Hier hat ein dramatischer Strukturwandel stattgefunden. Noch im Jahr 2000 waren 40 Prozent der gesamten Leistungen Neubauleistungen im Wohnungsbau. Heute sind das gerade einmal 20 Prozent. Damit haben die Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen eine sehr dominante Position.

Ist dieser Strukturwandel in der Bauwirtschaft ein Problem oder eine Chance?

Der Strukturwandel ist vor allem eine Reaktion auf eine relativ stabile Bevölkerungsentwick-

lung. Wir haben nur noch wenig Zuwachs, was die Haushaltszahlen angeht. Der hohe Nachholbedarf in Ostdeutschland hatte den Wohnungsneubau stark stimuliert, mittlerweile aber haben wir relativ stabile Haushaltszahlen und dementsprechend moderate Neubauzahlen.

Durch die staatlichen Konjunkturprogramme sollen öffentliche Bauvorhaben gefördert werden. Welche Wirkung zeigen die Maßnahmen?

Die Konjunkturprogramme zeigen starke Wirkung, und ich denke, das kann auch jeder sehen. Straßen werden instandgesetzt und die Modernisierungsmaßnahmen bei Schulen und Hochschulen sind in vollem Gange. Wir rechnen damit, dass 2009 der gesamte Verlust im Wirtschafts-

bau durch diese Maßnahmen weitestgehend ausgeglichen werden kann.

Sind Sie mit der Ausgestaltung der Konjunkturprogramme zufrieden?

Die Intention war, die Beschäftigung möglichst rasch zu stabilisieren und zu verhindern, dass es durch die industriellen Schrumpfungsprozesse zu einer Kettenreaktion kommt. Und genau das ist hier gelungen. Die industrielle Schrumpfung hat nicht zu einer Schrumpfung der Bauwirtschaft geführt, weil man ganz gezielt einen Ausgleich der Nachfrage erreichen konnte.

Wie schätzen Sie die Zukunft des Baugewerbes in Deutschland ein?

Wir rechnen schon für das nächste Jahr mit einem positiven Impuls für die Bauwirtschaft und einem Wachstum von real zwei Prozent. Das ist in einer solch krisengeschüttelten Zeit ein guter Wert. Um wettbewerbsfähig zu sein, brauchen wir eine gute Infrastruktur und eine effiziente Energieverwendung. Das sind alles Dinge, die den Einsatz der Bauwirtschaft nötig machen, sodass die Bauwirtschaft auch mittelfristig gute Perspektiven hat.

Prof. Dr. Martin Gornig,
Stellvertretender
Abteilungsleiter,
Abteilung Innovation,
Industrie, Dienstleistung
am DIW Berlin

Die industrielle
Schrumpfung
» hat nicht zu einer «
Schrumpfung
der Bauwirtschaft
geführt.

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige Inter-
view zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de/interview

Tabelle 1

Struktur des Wohnungsbauvolumens in Deutschland

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Zu jeweiligen Preisen in Milliarden Euro									
Neubauvolumen ¹	64,78	52,74	49,29	49,54	50,80	44,23	45,51	36,63	32,29
Eigenheimbau	49,74	40,86	39,32	40,09	41,38	35,59	35,97	28,02	24,30
Geschosswohnungsbau	15,04	11,88	9,97	9,45	9,42	8,64	9,54	8,61	7,99
Bauleistung an bestehenden Gebäuden ²	88,65	91,89	86,78	83,79	81,86	82,96	90,55	106,75	115,91
Wohnungsbauvolumen insgesamt	153,43	144,63	136,07	133,33	132,66	127,19	136,06	143,38	148,30
Veränderung in Prozent									
Neubauvolumen ¹	-7,7	-18,6	-6,5	0,5	2,5	-12,9	2,9	-19,5	-11,8
Eigenheimbau	-4,7	-17,9	-3,8	2,0	3,2	-14,0	1,1	-22,1	-13,3
Geschosswohnungsbau	-16,6	-21,0	-16,1	-5,2	-0,3	-8,3	10,4	-9,7	-7,2
Bauleistung an bestehenden Gebäuden ²	2,4	3,7	-5,6	-3,4	-2,3	1,3	9,1	17,9	8,6
Wohnungsbauvolumen insgesamt	-2,1	-5,7	-5,9	-2,0	-0,5	-4,1	7,0	5,4	3,4
Struktur in Prozent									
Neubauvolumen ¹	42	36	36	37	38	35	33	26	22
Eigenheimbau	32	28	29	30	31	28	26	20	16
Geschosswohnungsbau	10	8	7	7	7	7	7	6	5
Bauleistung an bestehenden Gebäuden ²	58	64	64	63	62	65	67	74	78
Wohnungsbauvolumen insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹ Geschätzt über veranschlagte Baukosten (Bautätigkeitsstatistik), ergänzt um Zuschläge für Architektenleistungen und Gebühren, Außenanlagen und Eigenleistungen der Investoren.

² Gebäude- und Wohnungsmodernisierung (einschließlich Um- und Ausbaumaßnahmen) sowie Instandsetzungsleistungen des Baugewerbes.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bauvolumensrechnung des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

turpaket I, die bereits im Jahr 2008 beschlossen wurden. Hierzu zählt eine Aufstockung der Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, verteilt über die nächsten drei Jahre. Daraus könnten jährlich bis zu 1,1 Milliarden Euro zusätzlicher Nachfrage im Bausektor entstehen.²

Ein weiterer Punkt des Maßnahmenpaketes ist die Heraufsetzung des absetzbaren Höchstbetrags für haushaltsnahe Handwerksleistungen gemäß § 35 a Abs. 2 Satz 2 EStG von 600 auf 1 200 Euro. Da die Steuerermäßigung 20 Prozent auf die anfallenden Arbeitskosten beträgt, ist der Multiplikator bezogen auf die Arbeitskosten gleich fünf, und bei einem Anteil der Arbeitskosten am Umsatz bei Handwerksleistungen von rund der Hälfte ist der gesamte Multiplikator zehn. Vom Finanzministerium werden für 2010 Mindereinnahmen von 900 Millionen Euro erwartet,³ sodass Investitionen von neun Milliarden Euro zu erwarten sind. Allerdings ist fraglich, inwieweit durch diese Maßnahme neue Investitionen angestoßen werden und welcher Anteil auf Mitnahmeeffekte entfällt. Da es sich um eine Erhöhung des absetzbaren Betrags und nicht um eine Änderung des Ermäßigungssatzes handelt, sind nur größere Investitionen von der Neuregelung betroffen. Für die vorliegende Untersuchung wird unterstellt,

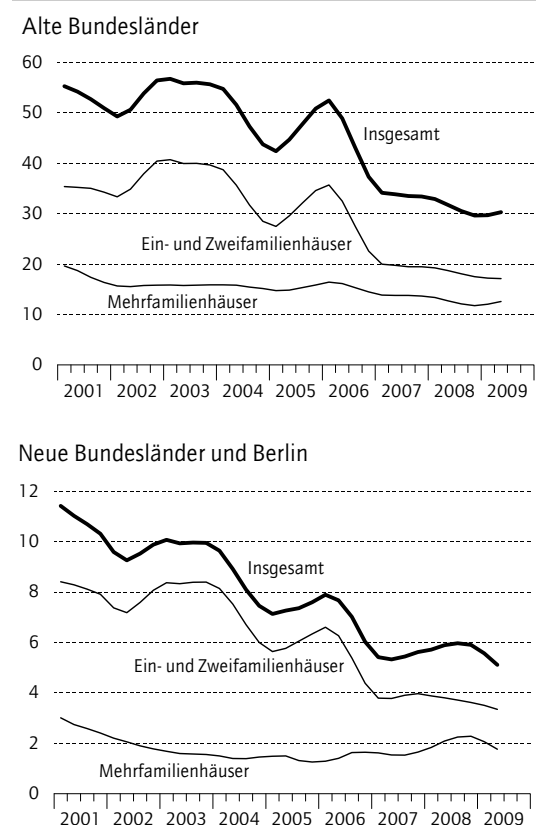
² Vgl. Clausnitzer, K.-D. et al.: Effekte des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms 2007. Gutachten des Bremer Energie Instituts, 2008, 52.

³ Fraktionsentwurf: Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelung des Maßnahmenpaketes Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung, 2008, 10.

Abbildung 1

Genehmigungen im Wohnungsbau

In 1 000 Wohnungen je Quartal¹



¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

dass die Neuregelung zwar nicht zu einer Ausweitung, aber immerhin zu einer Stabilisierung der Nachfrage führt.

Auch mittelfristig bleiben angesichts vielfach entspannter Wohnungsmärkte die Aussichten für den Wohnungsneubau gedämpft. Allerdings deutet die Entwicklung der Baugenehmigungen auf eine gewisse Bodenbildung im Neubaubereich hin (Abbildung 1). Dies gilt insbesondere für den Bereich der Mehrfamilienhäuser. In West- und Ostdeutschland liegen hier die Volumina der Genehmigungen zwar auf historisch niedrigem Niveau, aber sie zeigen trendmäßig nicht weiter abwärts. Im Ein- und Zweifamilienhausbereich gehen dagegen auch 2009 die Genehmigungszahlen saisonbereinigt weiter zurück.

Das reale Wohnungsbauvolumen dürfte 2009 etwa wieder das Vorjahresniveau erreichen (Kasten). Der Auftragseingang im Wohnungsbau zeigte für Westdeutschland bereits zur Jahresmitte leichte Erholungstendenzen, während sich die Nachfrage in Ostdeutschland bereits wieder abschwächt (Abbildungen 2 und 3). Für das Jahr 2010 ist im Zuge der konjunkturellen Erholung ein moderater Anstieg der realen Produktion im Wohnungsbau zu erwarten. Diese Entwicklung dürfte in Westdeutschland stärker ausgeprägt sein als in Ostdeutschland, wo die Nachfrage seit einigen Jahren deutlich weniger konjunkturelle Ausschläge zeigt.

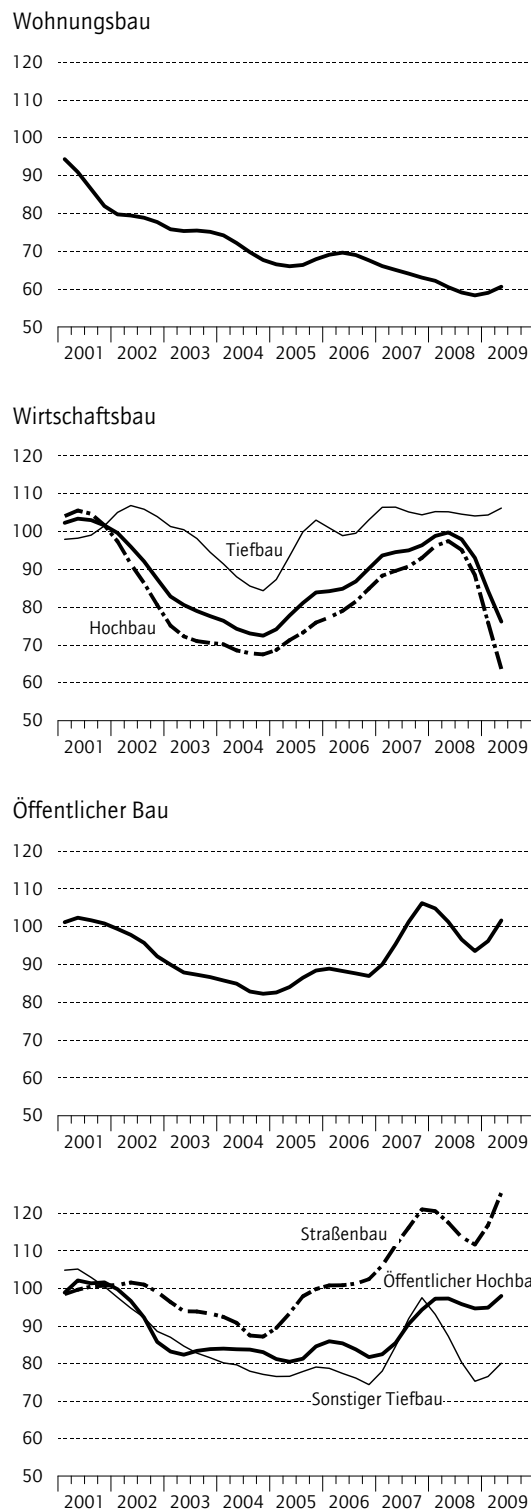
Wirtschaftsbau verharret auf niedrigem Niveau

Im zweiten Quartal 2009 stieg die Produktion im Wirtschaftsbau gegenüber dem Vorquartal zwar kräftig, die Auftragsgänge signalisieren aber einen deutlichen Dämpfer für die weitere Entwicklung. Die Genehmigungen von Fabrik- und Werkstattgebäuden sowie von Bürogebäuden und Handels-/Lagergebäuden sind für Westdeutschland bereits seit Anfang 2008 abwärts gerichtet (Abbildung 4). Auch in Ostdeutschland ist – mit einer Verzögerung von einigen Quartalen – ein Rückgang bei den Fabrik- und Werkstattgebäuden sowie den Handels-/Lagergebäuden zu beobachten. Lediglich die Genehmigungen von Bürogebäuden konnten dort nach einem kräftigen Einbruch wieder stark zulegen. Der Einbruch der Exporttätigkeit und der damit einhergehende Rückgang der Investitionsbereitschaft der exportorientierten Unternehmen dürften beim Wirtschaftsbau deutliche Spuren hinterlassen. Die geringere Exportabhängigkeit Ostdeutschlands zeigt sich auch bei den Auftragsgängen im Wirtschaftsbau. Hier gibt es deutliche Anzeichen

Abbildung 2

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe der alten Bundesländer

Wertindex 2000 = 100¹



¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Bauvolumensrechnung

Die Bauvolumensrechnung des DIW Berlin bezieht sich auf die Produktion im Bausektor.¹ Bei der Analyse der Entwicklungstendenzen beschränkt sie sich nicht auf das Baugewerbe im engeren Sinne; einbezogen sind auch andere Branchen wie der Stahl- und Leichtmetallbau, die Herstellung von Fertigbauten, die Bauschlosserei und spezielle Sparten anderer Wirtschaftsbereiche, die zum Baugeschehen beitragen, bis hin zu den Planungsleistungen und anderen Dienstleistungen. Hier folgt die Abgrenzung weitgehend der Definition der Bauinvestitionen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit dem Unterschied, dass als *Bauvolumen* die gesamte Bauproduktion betrachtet wird, also ohne eine Kürzung um die nicht werterhöhenden Reparaturen.²

Die Prognose der Entwicklungstendenzen im Bauvolumen ist eingebettet in die gesamtwirtschaftliche Konjunkturprognose des DIW Berlin.³ Entsprechend werden in einer ersten Stufe Projektionen der Bauinvestitionen vorgenommen, die konsistent im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dargestellt werden können.

Die Grundlage der Prognose der Bauinvestitionen selbst bilden indikatorengestützte statistische Modelle. Dazu wird die zu prognostizierende Größe, also etwa das Volumen der gewerblichen Bauten, auf einen autoregressiven Term und verzögerte Werte des jeweiligen Indikators regressiert. Die Prognosegleichung nimmt dann generell folgende Form an:

$$y_t = \alpha + \sum_{i=1}^n \beta_i y_{t-i} + \sum_{j=1}^m \gamma_j x_{t-j} + \varepsilon_t$$

Hierbei steht y_t für den zu prognostizierenden Wert zum Zeitpunkt t , x_t ist der Wert des Indikators zum Zeitpunkt t , die α , β_i und γ_j sind die zu schätzenden Parameter und stellen den statistischen Störterm dar.

Die optimalen Verzögerungsstrukturen n und m werden anhand der Autokorrelations- beziehungsweise der Kreuzkorrelationsfunktion bestimmt. Zusätzlich werden die unterschiedlichen Spezifikationen anhand von Informationskriterien bewertet.

Zur Überprüfung der Prognosegüte werden die Zeitreihen zur Schätzung der oben dargestellten Gleichung verkürzt,

1 Die Arbeiten zur Bauvolumensrechnung werden durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung im Rahmen der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gefördert.

2 Weitere Details zur Struktur der Bauvolumensrechnung: Bartholmai, B., Gornig, M.: Bauwirtschaft auf Wachstumskurs. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 47/2006.

3 Vgl. zur Methode: Rapach, D. E., Wohar, M. E.: Forecasting the Recent Behaviour of U.S. Business Fixed Investment Spending: An Analysis of Competing Models. *Journal of Forecasting*, Vol. 26, 2007, 33–51. Aktuelle Ergebnisse finden sich bei Dreger, C. et al.: Herbstgrundlinien 2009: leichte Erholung im nächsten Jahr. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 42/2009.

sodass die restlichen realisierten Werte mit der Prognose für diesen Zeitraum verglichen werden können. Die Spezifikationen mit der geringsten quadratischen Abweichung der Prognosewerte gegenüber den tatsächlichen Werten werden zur Prognose verwendet.

Als geeignete Indikatoren für die Prognose des Wohnungsbaus haben sich die Auftragsbestände und die Baugenehmigungen im Wohnungsbau erwiesen, während für den Wirtschaftsbau die Ausrüstungsinvestitionen, die Kapazitätsauslastung sowie die Aufträge beziehungsweise die Baugenehmigungen für Nichtwohnungsbauten in Frage kommen.⁴ Der öffentliche Bau wird hingegen nicht mit Hilfe von Indikatoren bestimmt. Die Höhe öffentlicher Baumaßnahmen resultiert aus politischen Entscheidungen, die je nach Entscheidungsebene nach recht unterschiedlichen Kriterien gefällt werden. Dementsprechend wird die Entwicklung des öffentlichen Baus aus der Prognose des Staatskontos abgeleitet, da hier sowohl die Einnahmen des Staates als auch angekündigte Konjunkturprogramme berücksichtigt werden.

Die einzelnen Indikatoren kommen zu teilweise recht unterschiedlichen Ergebnissen. Darüber hinaus sind die Bauinvestitionen stark durch rechtliche Rahmenbedingungen, wie dem Wegfall der Eigenheimzulage, geprägt, deren Änderung durch die Verwendung dieser Modelle nur unzureichend abgebildet werden kann. Deshalb dienen diese statistischen Verfahren nur als Anhaltspunkt für die tatsächliche Prognose. Das Bild für die einzelnen Aggregate der Bauinvestitionen wird dann in einem nächsten Schritt abgestimmt mit den übrigen Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Im letzten Schritt werden die Ergebnisse zur Investitionsprognose in das Schema der Bauvolumensrechnung übertragen. Dazu werden unter Beachtung der Besonderheiten nichtinvestiver Bauleistungen im Konjunkturverlauf die nachfrageseitigen Entwicklungstrends verwendet. Zur Differenzierung nach weiteren strukturellen Merkmalen werden die stärker untergliederten Informationen zu den Baugenehmigungen und zum Auftragsbestand herangezogen. So lassen sich Abschätzungen für die unterschiedliche Entwicklung zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen einzelnen Produzentengruppen wie dem Bauhaupt- und dem Ausbaugewerbe darstellen.

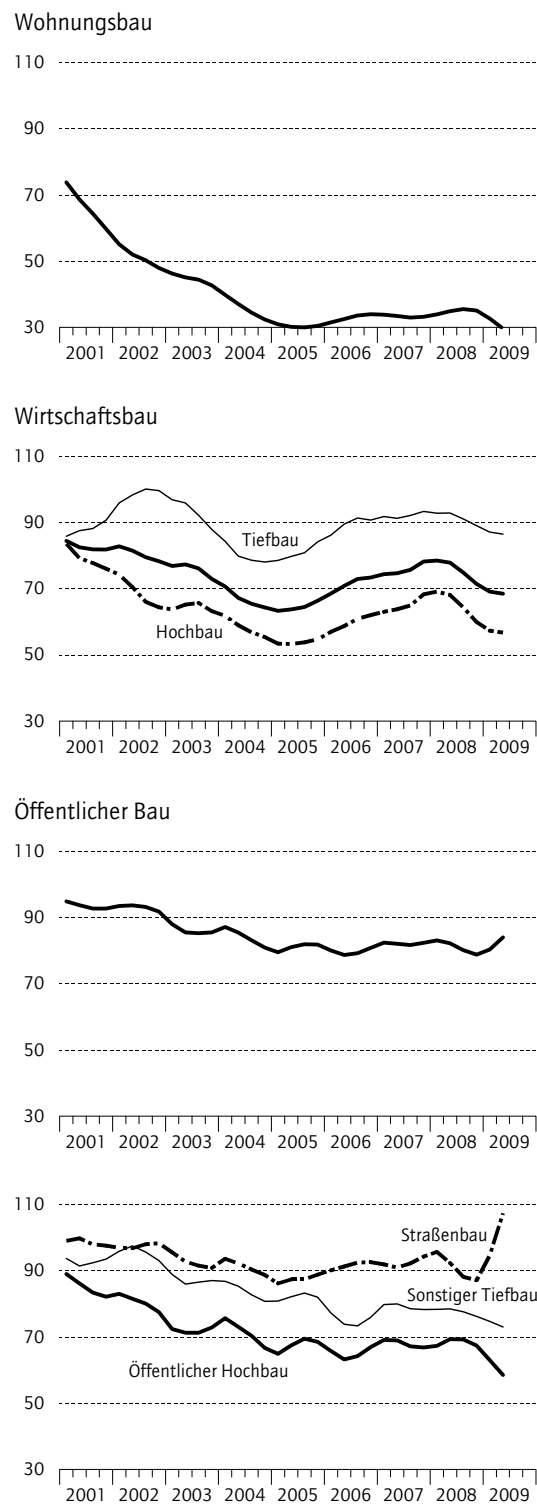
Erkenntnisse bei der strukturellen Darstellung des Konjunkturbildes werden dann wiederum bei der Formulierung der Annahmen für das Regressionsmodell zur Abschätzung der Gesamtinvestitionen genutzt.

4 Vgl.: Döpke, J. et al.: Indikatoren zur Prognose der Investitionen in Deutschland. Kieler Arbeitspapier Nr. 906, Kiel 1999.

Abbildung 3

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe der neuen Bundesländer und Berlins

Wertindex 2000 = 100¹



¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

für eine Bodenbildung, die für Westdeutschland nicht zu erkennen ist. Stützend wirkt die vergleichsweise kräftige Ausweitung des Konsums, die sich bei der Investitionsbereitschaft von Dienstleistern positiv bemerkbar macht. Der Rückgang im Wirtschaftsbau dürfte für Deutschland insgesamt in diesem Jahr bei knapp fünf Prozent liegen.

Für das Jahr 2010 ist dank der anhaltenden konjunkturellen Belebung der Gesamtwirtschaft mit einer unveränderten Produktion im Wirtschaftsbau zu rechnen. Stabilisierend wirkt auch im Wirtschaftsbau der zunehmende Anteil von Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen. Im gesamten Nichtwohnungsbau liegt der Anteil von Baumaßnahmen am Bestand schon bei über 45 Prozent.

Öffentlicher Bau expandiert kräftig

Ging man beim ersten Konjunkturprogramm noch von einer eher geringen positiven Wirkung aus,⁴ so kann vom zweiten Konjunkturprogramm ein maßgeblicher Beitrag zur Stabilisierung der Baukonjunktur erwartet werden. Dies liegt erstens an dem deutlich höheren Volumen des Maßnahmenpaketes (Tabelle 2). Zweitens waren mit Ausnahme des Innovations- und Investitionsprogramms Verkehr im ersten Konjunkturpaket die großen Ausgabeblocke Kreditprogramme, die in der damaligen konjunkturellen Situation nur wenig nachgefragt wurden.

Im Rahmen der vorliegenden Prognose wird aus dem ersten Konjunkturpaket das Innovations- und Investitionsprogramms Verkehr mit einer Milliarde Euro für den Ausbau des Straßen- und Schienenverkehrs in den Jahren 2009 und 2010 berücksichtigt. Für die restlichen Maßnahmen des Paketes wird auf kommunaler Ebene ein Betrag von rund 500 Millionen Euro in beiden Jahren unterstellt. Dies ist weniger als ursprünglich von der Bundesregierung beabsichtigt, die allein für die Aufstockung des Investitionspaketes mit einem Investitionsvolumen von 900 Millionen Euro 2009 rechnete.⁵ Die geringere Wirkung kommt einerseits durch den großen Anteil an zusätzlichen Kreditprogrammen auf kommunaler Ebene zustande, die gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten nicht zwingend abgerufen werden. Hinzu kommt aber, dass die Mittelabrufungen durch das zweite Konjunkturpaket

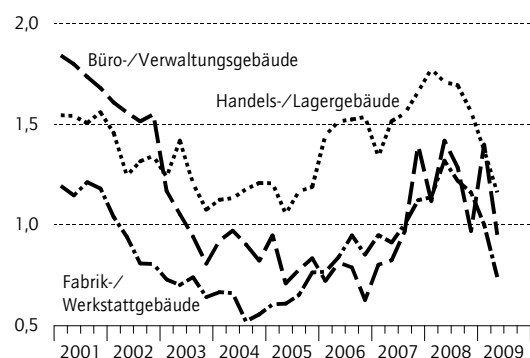
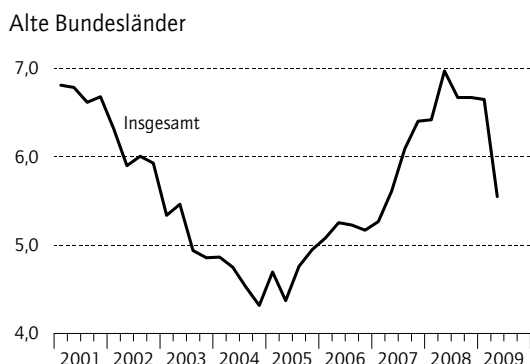
⁴ Gornig, M., Weber, S.: Konjunkturprogramm kommt auf dem Bau kaum an. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 48/2008.

⁵ Arbeitsplatzprogramm Bau und Verkehr. 2008, www.bmvbs.de/Anlage/original_1061003/APBV-Massnahmen-des-Innovations-und-Investitionsprogramms-Bau-2009-bis-2011.pdf.

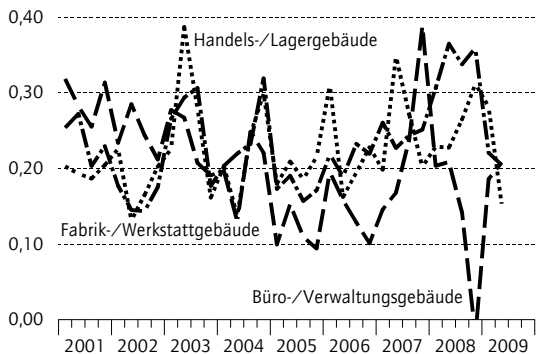
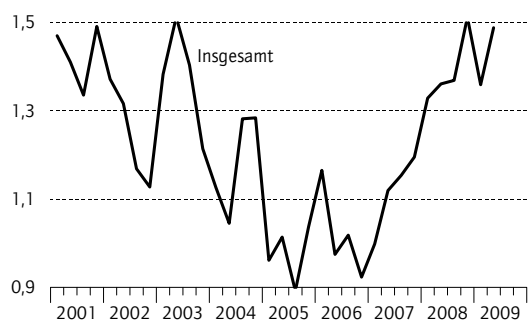
Abbildung 4

Genehmigungen im Nichtwohnbau

Baukosten in Milliarden Euro je Quartal¹



Neue Bundesländer



¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Tabelle 2

Nettowirkung der beiden Konjunkturpakete

In Milliarden Euro

	2009	2010	2011
Konjunkturpaket I			
Bund	1,5	1,4	0,0
Länder	0,0	0,0	0,0
Gemeinden	0,6	0,4	0,0
Insgesamt	2,1	1,8	0,0
Konjunkturpaket II			
Bund	1,0	2,5	1,0
Länder	0,5	1,4	0,5
Gemeinden	1,9	4,1	1,5
Insgesamt	3,4	8,1	3,0

Quellen: BMWi/BMF: Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärke, Maßnahmenpaket der Bundesregierung; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

verdrängt werden dürften. Insgesamt fällt somit die Wirkung des erstens Konjunkturprogramms geringer aus als vermutet.

Das zweite konjunkturelle Maßnahmenpaket umfasst die direkte Bereitstellung von Mitteln in den Jahren 2009 und 2010 in Höhe von insgesamt 17,8 Milliarden Euro, womit das Programm etwas mehr als das zehnfache Volumen des ersten Paketes aufweist. Hierbei werden vier Milliarden Euro direkt durch den Bund verausgabt. Hinzu kommen weitere 500 Millionen Euro für die Renovierung von Bundesgebäuden. Den Kommunen werden vom Bund zehn Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Durch die zugesagte Kofinanzierung der Länder erhöht sich der Betrag, der den Kommunen zur Verfügung steht, auf 13,3 Milliarden Euro.

Für die Prognose zum öffentlichen Bau wurde angenommen, dass 20 Prozent der Mittel – anders als von der Regierung geplant – erst 2011 produktionswirksam werden, da die Bauvorhaben teilweise noch geplant, ausgeschrieben und genehmigt werden müssen. Dies gilt trotz der befristeten leichteren Vergabepaxis, die im Rahmen des Programms ebenfalls beschlossen wurde. Die restlichen 80 Prozent der Mittel werden zu etwa einem Viertel 2009 und zu den restlichen drei Vierteln 2010 verausgabt. Für den Bund wird unterstellt, dass die Mittel vollständig zusätzlich sind und auch verausgabt werden. Hier wird angenommen, dass der Bund als Initiator des Paketes ein originäres Interesse an der richtigen Umsetzung der Maßnahmen hat. Für die Kommunen soll zwar gelten, dass die Mittel zusätzlich zu den ursprünglich geplanten Investitionsvorhaben ausgegeben werden, es ist aber zu vermuten, dass es zu einigen Verdrängungs- und Mitnahmeeffekten kommt. Darüber hinaus ist nicht gewährleistet, dass die Kommunen tatsäch-

Tabelle 3

Entwicklung des Bauvolumens in Deutschland

	2006	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009	2010
	In Milliarden Euro zu jeweiligen Preisen					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Bauvolumen insgesamt	247,73	266,12	282,47	287,15	296,23	7,4	6,1	1,7	3,2
Alte Bundesländer	199,62	214,19	227,24	231,12	238,71	7,3	6,1	1,7	3,3
Neue Bundesländer und Berlin ²	48,11	51,93	55,23	56,07	57,55	7,9	6,4	1,5	2,6
	Index 2000=100								
Preisentwicklung	105,47	112,06	115,86	117,25	118,51	6,3	3,4	1,2	1,1
Alte Bundesländer	105,20	111,75	115,50	116,89	118,14	6,2	3,4	1,2	1,1
Neue Bundesländer und Berlin ²	106,63	113,39	117,33	118,86	120,13	6,3	3,5	1,3	1,1
	In Milliarden Euro zu Preisen von 2000								
Bauvolumen insgesamt	234,87	237,48	243,81	244,90	249,96	1,1	2,7	0,4	2,1
Alte Bundesländer	189,75	191,68	196,74	197,73	202,05	1,0	2,6	0,5	2,2
Neue Bundesländer und Berlin ²	45,12	45,80	47,08	47,18	47,91	1,5	2,8	0,2	1,6
Nach Baubereichen									
Wohnungsbau	129,40	127,99	128,44	128,61	130,23	-1,1	0,4	0,1	1,3
Alte Bundesländer	110,96	109,72	110,15	110,38	111,86	-1,1	0,4	0,2	1,3
Neue Bundesländer und Berlin ²	18,44	18,28	18,30	18,23	18,37	-0,9	0,1	-0,4	0,8
Wirtschaftsbau	69,97	73,47	78,68	74,92	74,83	5,0	7,1	-4,8	-0,1
Alte Bundesländer	52,92	55,74	59,86	56,82	56,85	5,3	7,4	-5,1	0,0
Neue Bundesländer und Berlin ²	17,05	17,73	18,81	18,10	17,99	4,0	6,1	-3,8	-0,6
Öffentlicher Bau	35,51	36,01	36,69	41,37	44,89	1,4	1,9	12,8	8,5
Alte Bundesländer	25,88	26,23	26,73	30,53	33,34	1,3	1,9	14,2	9,2
Neue Bundesländer und Berlin ²	9,63	9,79	9,97	10,84	11,55	1,6	1,8	8,8	6,5
Nach Produzentengruppen									
Alte Bundesländer									
Bauhauptgewerbe, Hoch- und Tiefbau ³	56,3	56,41	56,42	57,52	59,32	0,2	0,0	1,9	3,1
Bauinstallation, sonstiges Baugewerbe ⁴	72,87	74,75	78,83	79,37	80,98	2,6	5,5	0,7	2,0
Übrige Bereiche ⁵	60,58	60,52	61,48	60,84	61,75	-0,1	1,6	-1,0	1,5
Neue Bundesländer und Berlin									
Bauhauptgewerbe, Hoch- und Tiefbau ³	17,73	17,77	17,86	18,03	18,37	0,2	0,5	0,9	1,9
Bauinstallation, sonstiges Baugewerbe ⁴	16,03	16,65	17,72	17,74	18,03	3,9	6,4	0,1	1,6
Übrige Bereiche ⁵	11,36	11,38	11,49	11,40	11,52	0,2	1,0	-0,8	1,0

¹ 2009 Schätzung, 2010 Prognose.

² Aufteilung bezieht sich auf den Sitz der Betriebe.

³ Einschließlich vorbereitender Baustellenarbeiten (entspricht dem Bauhauptgewerbe).

⁴ Entspricht dem Ausbaugewerbe.

⁵ Verarbeitendes Gewerbe (Installationen, Montage- und Fertigbauten), baubezogene Dienstleistungen, Außenanlagen und Eigenleistungen der Investoren.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

lich alle bereitgestellten Mittel abrufen. Für die Programme auf kommunaler Ebene wird deshalb angenommen, dass nur drei Viertel der Mittel tatsächlich wirken.

Die Auftragseingänge steigen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland beim öffentlichen Bau seit der Jahreswende wieder deutlich an, wobei dies in Ostdeutschland nur durch eine Zunahme beim Straßenbau ermöglicht wird, während in Westdeutschland auch der Hochbau von den Konjunkturpaketen profitiert.

Das zweite Konjunkturprogramm spielt damit im laufenden und nächsten Jahr die maßgebliche Rolle beim öffentlichen Bau. Insgesamt wird die reale Produktion 2009 um rund 13 Prozent und 2010 um gut neun Prozent wachsen. Im nächsten Jahr dürfte ein Teil der Maßnahmen durch

Preiseffekte konterkariert werden. Dies resultiert daraus, dass der Großteil des Programms erst 2010 wirksam wird, wenn die Kapazitäten im Baugewerbe wieder besser ausgelastet sind.

Fazit

Das gesamte Bauvolumen in Deutschland wird in diesem Jahr einen Wert von nominal gut 287 Milliarden Euro erreichen. Preisbereinigt ist dies kaum mehr als 2008 (Tabelle 3). Immerhin wird mit Hilfe des zweiten Konjunkturpaketes im laufenden Jahr ein Rückgang der Bautätigkeit verhindert.

Der konjunkturelle Ausblick auf das Jahr 2010 fällt positiver aus. Maßgeblich hierfür ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den

Wohnungs- und den Wirtschaftsbau. Die gesamtwirtschaftliche Konjunkturbelebung wirkt sich positiv auf den Arbeitsmarkt und damit die Einkommen der Haushalte, aber auch auf die Investitionsneigung der Unternehmen aus. Die deutsche Bauproduktion wird 2010 preisbereinigt um gut zwei Prozent wachsen. Dies liegt maßgeblich an der starken Zunahme der öffentlichen Bauvorhaben.

In den östlichen Ländern dürfte die Bauwirtschaft etwas schwächer wachsen als in Westdeutschland (1,6 gegenüber 2,2 Prozent). Einerseits fällt die Zunahme im Wohnungsbau dort aufgrund von immer noch bestehenden Überkapazitäten geringer aus. Andererseits werden in den neuen Bundesländern, wo der öffentliche Bau bereits ein sehr hohes Gewicht hat, die Bundesprogramme zur Konjunkturstärkung voraussichtlich weniger nachgefragt werden.

JEL Classification:
L74, O11

Keywords:
Housing demand,
Construction industry,
Forecast 2010

Die Betrachtung der zusammengefassten (realen) Bauleistungen nach Produzentengruppen zeigt, dass das Bauhauptgewerbe gegenüber den anderen Baubereichen aufholt. Im Jahr 2010 dürfte die reale Produktion des Bauhauptge-

werbes in West- und Ostdeutschland durch das zweite Konjunkturprogramm stark zunehmen. Das Ausbaugewerbe und die übrigen Bereiche (Bauleistungen des verarbeitenden Gewerbes, Bauplanungsleistungen etc.) leiden dagegen weiter unter der nur mäßigen Wohnungsbau-nachfrage.

Die beabsichtigte antizyklische Wirkung der Konjunkturpakete wird für die Bauwirtschaft erreicht. Sie liefern damit auch einen Beitrag zur Stabilisierung der Gesamtwirtschaft. Die Gefahr von Fehlallokationen und damit Ineffizienzen ist speziell bei diesem Konjunkturprogramm als gering einzuschätzen. Die Bauwirtschaft befindet sich gegenwärtig nicht in einer Strukturkrise, sondern ist über den Wirtschaftsbau in den Strudel des abgestürzten Welthandels geraten. Bei einer Normalisierung der Nachfrage dürften die bestehenden Kapazitäten wieder ausgelastet werden, sodass die Konjunkturpakete lediglich die Struktur der Baunachfrage verschieben, aber keine überschüssigen Kapazitäten konservieren oder aufbauen. Die Maßnahmen sind damit aus konjunktureller Sicht durchaus positiv zu bewerten.

Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten

Menschen mit Migrationshintergrund bilden einen stetig wachsenden Anteil an der Bevölkerung Deutschlands. Die Mehrzahl von ihnen kann aufgrund eines fehlenden deutschen Passes nicht an Wahlen teilnehmen. Da aber die Zahl eingebürgerter und damit wahlberechtigter Menschen mit Migrationshintergrund weiter steigt, nimmt auch das Interesse der politischen Parteien an dieser Gruppe zu.

Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund je nach Herkunftsland sehr unterschiedliche Bindungen an die deutschen Parteien entwickelt haben. Dies gilt auch nach vielen Jahren des Aufenthalts in Deutschland und sogar für die sogenannte zweite Generation. Personen aus den ehemaligen Anwerbeländern – Türkei, Jugoslawien, Spanien, Italien, Griechenland und Portugal – neigen in großer Mehrheit der SPD zu, (Spät-)Aussiedler der CDU/CSU. Die kleinen Parteien finden dagegen vergleichsweise wenig Unterstützung durch Menschen mit Migrationshintergrund. Die nach Herkunftsländern sehr unterschiedlichen Bindungen an die deutschen Parteien lassen sich nur zu einem geringen Teil auf die soziale Lage oder auf individuelle ideologische Orientierungen zurückführen. Eine Modellrechnung zeigt, dass eine verstärkte Einbürgerung von Menschen mit Migrationshintergrund keiner Partei deutliche Vorteile verschaffen würde.

In Deutschland leben nach dem Mikrozensus 2007 mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, knapp 5,6 Millionen von ihnen sind wahlberechtigt.¹ Die Zahl der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund hat vor allem durch die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern, die bei der Einreise einen deutschen Pass erhalten, und durch die Einbürgerung türkischstämmiger Personen zugenommen. Seit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2001, durch die unter anderem die legale Mindestaufenthaltsdauer von 15 Jahren auf acht Jahre reduziert wurde, werden jährlich im Durchschnitt etwas mehr als 100 000 Personen eingebürgert.² Deutschland ist jedoch weiterhin eines der wenigen OECD-Länder, in denen nur eine Minderheit der Personen mit Migrationshintergrund die jeweilige Staatsangehörigkeit besitzt.³ Nach wie vor bleibt damit eine große Zahl von Migrantinnen und Migranten, die teilweise seit Jahrzehnten in Deutschland leben, sowie deren Kinder, die in Deutschland geboren wurden und heute volljährig sind, von der politischen Beteiligung ausgeschlossen.

Martin Kroh
mkroh@diw.de
Ingrid Tucci
itucci@diw.de

Parteibindungen von Migrantinnen und Migranten: eine Frage der Zeit

Die Bindung von Migrantinnen und Migranten an eine bestimmte Partei im Aufnahmeland tritt oft erst nach einer Orientierungsphase ein. Personen mit Migrationshintergrund, die sich an der Befragung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) beteiligen (Kasten), bejahen daher seltener als andere Teilnehmer die Frage, ob sie seit

¹ Statistisches Bundesamt: Der Bundeswahlleiter: 5,6 Millionen Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund. Pressemitteilung, 2009, www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/presse/59_Wahlberechtigte_mit_Migrationshintergrund.html.

² Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Migrationsbericht 2007.

³ OECD: Children of Immigrants in the Labour Market of EU and OECD Countries: An Overview. Paris 2009, www.oecd.org/dataoecd/39/32/43880918.pdf.

Datengrundlage und Schätzmodell

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine jährliche repräsentative Wiederholungsbefragung von Deutschen, Ausländern und Zuwanderern in den alten und neuen Bundesländern, die vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung durchgeführt wird.¹ Die Stichprobe umfasste im Erhebungsjahr 2008 fast 11 000 Haushalte mit mehr als 20 000 Personen. Die Befragung liefert seit 1984 für Westdeutschland und seit 1990 für Ostdeutschland zahlreiche Informationen zu Themen wie Einkommen, Wohnqualität, Lebenszufriedenheit sowie zu politischen Einstellungen. Bei der ersten Welle des SOEP im Jahr 1984 waren Personen aus den damaligen Anwerbeländern überrepräsentiert und die neue Migration ab den 90er Jahren – insbesondere die (Spät-)Aussiedler – wurde ebenfalls mittels einer neuen Stichprobe erfasst.

Befragte zeigen eine Parteiidentifikation, wenn sie mit „ja“ auf folgende Frage im SOEP-Fragebogen antworten: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“ Bei den Analysen zur Parteipräferenz wurden in der vorliegenden Studie ausschließlich Personen betrachtet, die sich einer Partei verbunden fühlen.

¹ Vgl. Wagner, G. G. et al.: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). In: AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, Vol. 2, Heft 4, 2008, 301–328.

Das SOEP bietet eine Reihe von Informationen zur Erfassung des Migrationshintergrundes. Beispielsweise können Personen mit einem türkischen Migrationshintergrund in diesem Bericht entweder in der Türkei oder auch in Deutschland geboren sein. Falls Deutschland der Geburtsort ist, dann wird zunächst die Nationalität beziehungsweise die frühere Nationalität, falls eine Einbürgerung stattgefunden hat, als Abgrenzungskriterium verwendet. Zusätzlich wird die Elterninformation, falls diese an der SOEP-Befragung teilgenommen haben, verwendet. Personen mit Migrationshintergrund können dementsprechend entweder eine ausländische oder die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Die zweite Generation ist in Deutschland geboren. In der Gruppe der EU-Anwerbeländer befinden sich Personen spanischer, griechischer, portugiesischer und italienischer Herkunft.

Zur Erklärung der Parteibindung wurde ein sogenanntes multinomiales Regressionsmodell geschätzt, bei dem die Wahrscheinlichkeit, eine bestimmte Partei zu wählen, errechnet wird (Referenzkategorie SPD). Zur Interpretation der geschätzten Koeffizienten werden die marginalen Effekte herangezogen. Diese zeigen, wie sich Variation bei den einzelnen Einflussfaktoren (zum Beispiel die Herkunftsregion) auf die erwartete Wahrscheinlichkeit auswirkt, dass die abhängige Variable eine Ausprägung annimmt. Die Personen ohne Migrationshintergrund bilden die Referenzkategorien gegenüber den anderen Herkunftsgruppen.

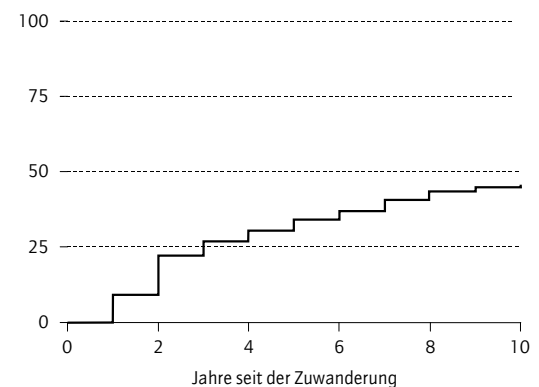
längerem einer bestimmten Partei in Deutschland zuneigen. In dieser Betrachtung, wie auch in der gesamten Untersuchung, sind sowohl wahlberechtigte als auch nicht wahlberechtigte Personen mit Migrationshintergrund eingeschlossen. In den jährlichen Erhebungen der 80er Jahre betragen die jeweiligen Anteile von Befragten mit einer Parteibindung etwa 45 Prozent bei Personen mit beziehungsweise 65 Prozent bei Personen ohne Migrationshintergrund. Wie in vielen anderen westlichen Ländern sinkt seither der Anteil der Befragten, die eine Parteibindung angeben.⁴ Bei Personen mit Migrationshintergrund beträgt der Rückgang etwa zehn Prozentpunkte, bei Personen ohne Migrationshintergrund etwa 15 Prozentpunkte. Aus dem ungefähr gleich bleibenden Abstand zwischen beiden Gruppen kann jedoch nicht geschlossen werden, dass sich Migranten und deren Nachkommen nicht an das politische

⁴ Dalton, R., Wattenberg, M. P. (Hrsg.): Parties without Partisans: Political Change in Advanced Industrial Societies. Oxford 2000.

Abbildung 1

Anteil der Migranten mit Parteibindung

In Prozent



Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2009

System der Bundesrepublik annähern. Vielmehr wandern in jedem Jahr neue Migranten zu, die

naturgemäß mit geringer Kenntnis des deutschen Parteiensystems anfangs keine Partei unterstützen. Abbildung 1 gibt die Anzahl der Jahre nach der Zuwanderung nach Deutschland an, bis die im SOEP befragten Migrantinnen und Migranten erstmalig eine Parteibindung äußern. Es wird deutlich, dass bereits nach zehn Jahren Aufenthalt in Deutschland etwa die Hälfte der zugewanderten Personen eine Parteineigung entwickelt hat.

Stabile Parteibindungen über Generationen

Die Migrationsgeschichte der Bundesrepublik ist durch zwei große Zuwanderungswellen gekennzeichnet. Ab Mitte der 50er Jahre wurden massiv Arbeitskräfte aus der Türkei, Jugoslawien, Spanien, Italien, Griechenland und Portugal angeworben. Später fand mit dem Fall der Mauer die Zuwanderung zahlreicher (Spät-)Aussiedler statt. Zudem kamen bis zur Verschärfung des Asylgesetzes im Jahr 1992 viele Asylbewerber nach Deutschland, unter anderem aufgrund des Krieges im ehemaligen Jugoslawien. Die Migrantenpopulation ist somit in ethnisch-kultureller Hinsicht heterogener geworden, was sich in Veränderungen der Parteipräferenz innerhalb der Migrantenpopulation widerspiegelt.

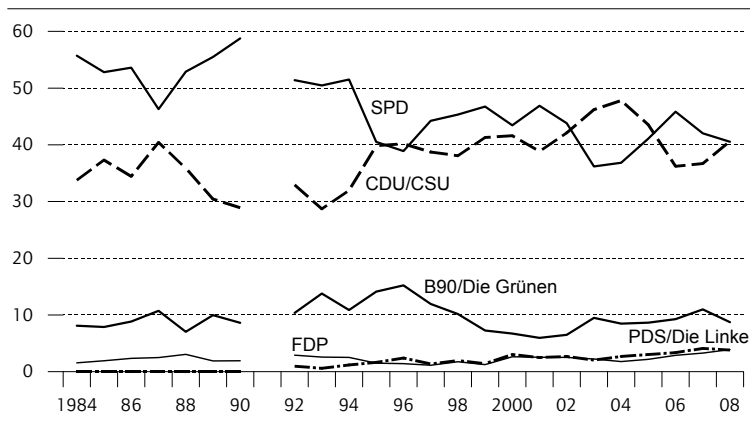
Bis Ende der 80er Jahre bildeten die Gastarbeiterfamilien den Großteil der Migrantenpopulation in Deutschland. Sie neigten zu 70 Prozent der SPD zu. Anfang der 90er Jahre setzte die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern, die ihrerseits sehr häufig die CDU/CSU unterstützten, ein. Dies führte zu einem ungefähren Patt zwischen den beiden großen Parteien seit Mitte der 90er Jahre (Abbildung 2). Derzeit unterstützen jeweils etwa 40 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund, die eine Parteibindung angeben, die CDU/CSU und die SPD. Bindungen an kleine Parteien treten bei Personen mit Migrationshintergrund seltener auf als bei der eingesessenen deutschen Bevölkerung. Dies betrifft insbesondere die FDP und die Linke.

Eine differenzierte Betrachtung der Unterstützung unterschiedlicher Parteien zeigt, dass Befragte aus den ehemaligen Anwerbeländern immer noch eine deutliche Präferenz für die SPD haben, jedoch sind die Anteile in der Gruppe derer mit Parteineigung seit den 80er Jahren von 75 Prozent auf 65 Prozent gesunken. Gleichzeitig bevorzugten die (Spät-)Aussiedler in den 90er Jahren zu 75 Prozent die CDU/CSU, gegenwärtig sind es nur noch 65 Prozent (Abbildung 3). Ähnlich hohe Anteile an Unterstützern finden die beiden Volksparteien bei Personen ohne Migrationshintergrund lediglich in ihren Kernmilieus. Die Gruppe der sonstigen Migrantinnen und Migranten ist sehr heterogen

Abbildung 2

Parteibindungen von Personen mit Migrationshintergrund

Anteile der Parteien in Prozent



Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2009

im Hinblick auf die Herkunftsregionen und die Gründe der Migration. Diejenigen, die eine Parteineigung haben, unterstützten in den Jahren seit 2000 mit 44 Prozent eher die CDU/CSU.

Im Durchschnitt tendieren Migranten nachkommen zu den jeweils selben Parteien wie Migrantinnen und Migranten der ersten Generation (Tabelle). Beispielsweise unterstützen 69 Prozent der ersten Generation türkischer Herkunft, die eine Parteineigung haben, die SPD, bei der zweiten Generation sind es 73 Prozent. Beachtenswert ist, dass die Nachkommen von Migrantinnen und Migranten häufiger B90/Die Grünen unterstützen als Personen mit eigener Migrationserfahrung. Der Anteil steigt von acht auf zehn Prozent bei Personen türkischer Herkunft, von vier auf zehn Prozent bei Personen jugoslawischer Herkunft und von drei auf 17 Prozent bei Personen aus den EU-Anwerbeländern Italien, Spanien, Portugal und Griechenland. Ob dies einen Generationenunterschied oder schlicht den Altersunterschied zwischen den Generationen widerspiegelt, wird sich erst zeigen müssen. Besonders hohe Unterstützung von etwa 20 Prozent finden B90/Die Grünen unabhängig von der Generation bei Befragten aus den sonstigen westlichen Ländern.

Migrationshintergrund entscheidend für Parteipräferenz

Die politische Landschaft Deutschlands ist seit Jahrzehnten durch stabile Konfliktlinien gekennzeichnet, anhand derer sich die Parteien positionieren. So unterstützen konfessionell gebundene Bürger und Selbständige traditionell eher die Union. Hingegen unterstützen Arbeit-

Tabelle

Partei Bindungen im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008¹

Anteile der Parteien unter allen Personen mit Partei Bindung in Prozent

	SPD	CDU/CSU	FDP	B90/ Die Grünen	PDS/ Die Linke
Personen ohne Migrationshintergrund	39	41	4	9	5
Personen mit Migrationshintergrund					
(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ²	24	65	3	4	4
Türkei	70	13	2	9	3
1. Generation	69	14	1	8	3
2. Generation	73	8	2	10	1
(Ex-)Jugoslawien	63	23	2	5	3
1. Generation	68	22	1	4	3
2. Generation	39	27	11	10	7
EU-Anwerbeländer	64	20	3	8	2
1. Generation	68	22	3	3	3
2. Generation	55	18	2	17	2
Sonstige westliche Länder	37	35	4	20	1
1. Generation	39	33	4	20	1
2. Generation	33	38	5	19	1
Sonstige nicht westliche Länder	38	47	2	5	5
1. Generation	38	48	2	5	4
2. Generation	35	43	5	9	8

1 Im Gegensatz zur Wahlabsicht werden durch die Partei Bindung langfristige Loyalitäten zu den Parteien gemessen. Die langfristige Unterstützung großer Parteien fällt üblicherweise höher aus als deren Anteile in der aktuellen Wahlabsicht. Kleine Parteien profitieren in der Wahlabsicht hingegen überproportional von politisch ungebundenen Bürgern.

2 Zu wenig Beobachtungen für die zweite Generation.

Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2009

nehmer ohne starke Kirchenbindung verstärkt die SPD und neuerdings auch die Linke.⁵ B90/Die Grünen und die FDP werden in stabiler Weise durch hochgebildete, schwach konfessionell gebundene Bürger unterstützt. In ähnlicher Weise positionieren sich die Parteien im ideologischen Spektrum und gewinnen oder verlieren dadurch an Attraktivität für Personen, die sich als politisch links oder rechts einstufen. Auch in den aktuellen Erhebungsjahren des SOEP finden sich diese Unterschiede in den Partei Bindungen der Personen ohne Migrationshintergrund wieder.

Die Partei Bindungen der Befragten mit Migrationshintergrund sind in sehr ähnlicher Weise verteilt wie bei Personen ohne Migrationshintergrund.⁶ Fasst man die Personen aus den unterschiedlichen Herkunftsregionen, die in ihren Partei Bindungen sehr heterogen sind, zusammen, dann zeigt sich, dass es bei gleicher Bildung beziehungsweise gleichem beruflichen Status oder auch bei gleicher Einstufung auf einer Links-Rechts-Skala zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund im Hinblick auf ihre Parteipräferenz oftmals nur geringe Unterschiede gibt. Beispielsweise liegt der Anteil der Anhänger

von CDU/CSU bei Katholiken ohne Migrationshintergrund bei 59 Prozent und bei Katholiken mit Migrationshintergrund bei 52 Prozent. Der Anteil der Anhänger von B90/Die Grünen beträgt bei den Hochgebildeten mit und ohne Migrationshintergrund jeweils 17 und 14 Prozent. Nur die Linke/PDS scheint relativ wenig attraktiv für Personen mit Migrationshintergrund zu sein – auch für solche, die arbeitslos gemeldet sind.

Innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gibt es jedoch eine relativ starke Heterogenität im Hinblick auf die Partei Bindungen. Unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Migration und Integration sowie unterschiedliche Positionen in der Sozialstruktur dienen als mögliche Erklärungen für diese Unterschiede. Beispielsweise finden sich Migrantinnen und Migranten aus den ehemaligen Anwerbeländern vor allem in den industriellen Arbeiterberufen, einem traditionellen SPD-Milieu.⁷ Dies gilt auch für die Nachkommen der türkischen Migrantinnen und Migranten.⁸ Es zeigt sich jedoch, dass Unterschiede in den Partei Bindungen nach Herkunftsländern

7 Wüst, A.: Eingebürgerte als Wähler: Erkenntnisse aus der Bundesrepublik Deutschland. Wiener Hefte – Migration und Integration in Theorie und Praxis, Vol 1, Nr. 1, 2003, 113–126.

8 Tucci, I., Groh-Samberg, O.: Das enttäuschte Versprechen der Integration: Migrantennachkommen in Frankreich und Deutschland. Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Vol. 34, Nr. 2, 2008, 307–333. Tucci, I.: Lebenssituation von Migranten und deren Nachkommen in Deutschland. In: Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt, GESIS-ZUMA und WZB (Hrsg.), 2008, 200–207.

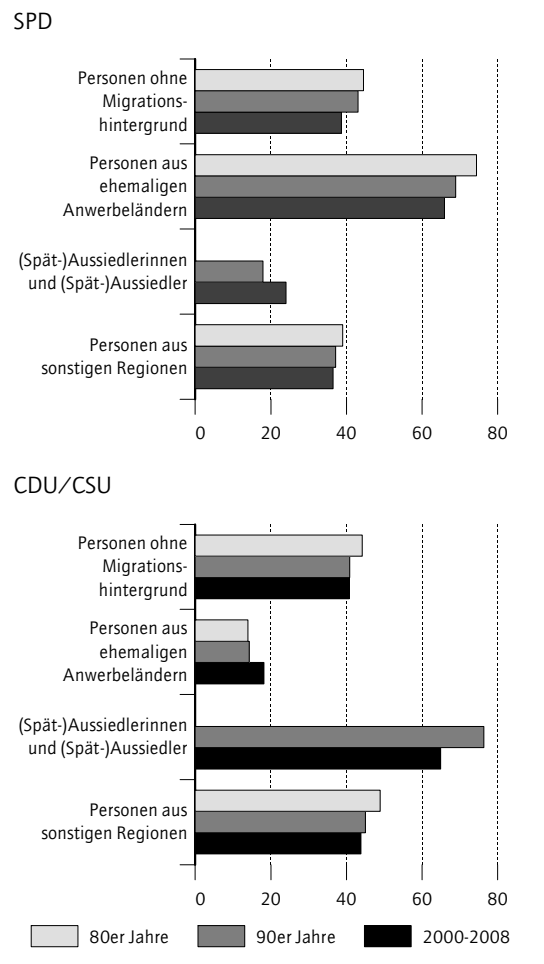
5 Kroh, M., Siedler, T.: Die Anhänger der „Linken“: Rückhalt quer durch alle Einkommensschichten. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 41/2008.

6 Zuckerman, A., Kroh, M.: The Social Logic of Bounded Partisanship in Germany: A Comparison of West Germans, East Germans, and Immigrants. Comparative European Politics 4, 2006, 65–93.

Abbildung 3

Veränderung der Parteibindungen im Zeitverlauf

Anteile der Parteien unter allen Personen mit Parteibindung in Prozent



Quelle: SOEP.

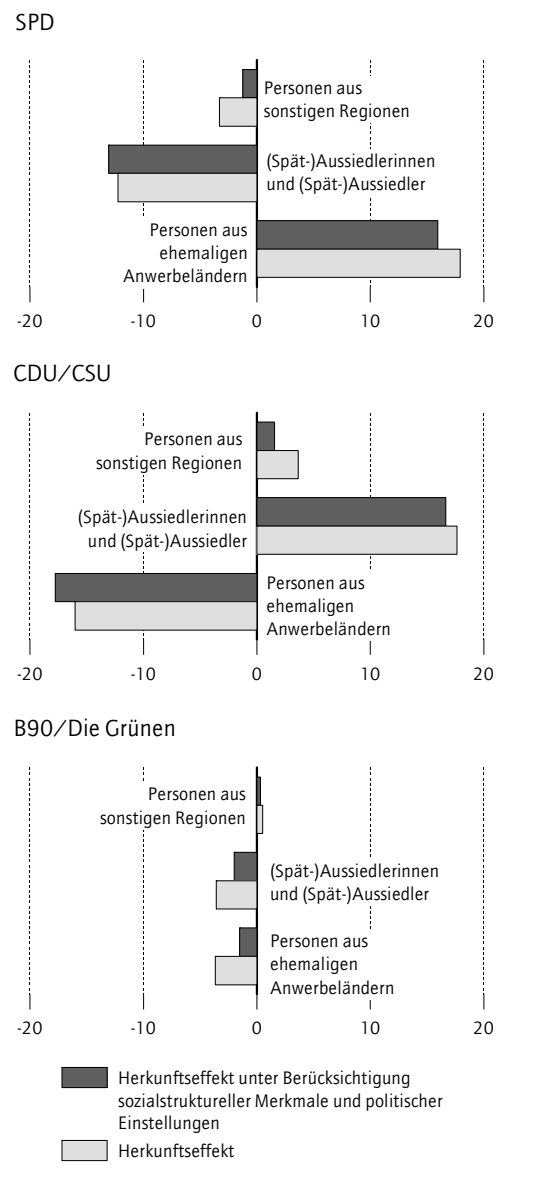
DIW Berlin 2009

weitgehend erhalten bleiben, wenn man neben demographischen und regionalen Merkmalen (Alter, Geschlecht, Gemeindegröße, Region) auch sozialstrukturelle Merkmale (berufliche Stellung, Haushaltseinkommen, Bildungsniveau), politische Einstellungen (Links-Rechts-Position, Wertorientierungen und Bedeutung verschiedenerer Sachthemen) sowie Gewerkschaftsmitgliedschaft und eine Konfession (katholisch ja/nein) berücksichtigt. Etwa 39 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund nennen im Zeitraum 2000 bis 2008 eine Parteibindung zur SPD. Dieser Anteil liegt bei Personen mit Migrationshintergrund aus den klassischen Gastarbeiterländern um etwa 18 Prozentpunkte höher (Abbildung 4). Unter Berücksichtigung sozialstruktureller und politischer Merkmale sinkt der SPD-Vorsprung auf 16 Prozentpunkte. Somit sind lediglich zwei Prozentpunkte darauf zurückzuführen, dass Per-

Abbildung 4

Bedeutung der Herkunft für die Parteibindungen

Effekte in Prozentpunkten



Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2009

sonen aus den ehemaligen Anwerbeländern in die klassischen SPD-Milieus eingewandert sind. Die verbleibenden 16 Prozentpunkte sind unabhängig von Sozialstruktur und grundlegenden politischen Orientierungen. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den (Spät-)Aussiedlern: Während 41 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund die CDU/CSU angeben, liegt dieser Anteil bei (Spät-)Aussiedlern um 18 Prozentpunkte höher. Der reine Herkunftseffekt ist nur um einen Prozentpunkt niedriger.

Lediglich die vergleichsweise geringe Unterstützung von B90/Die Grünen unter Personen mit

Migrationshintergrund ist zu einem Großteil durch persönliche Merkmale zu erklären. Etwa neun Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund, die eine Parteibindung angeben, nennen B90/Die Grünen. Bei Migrantinnen und Migranten aus den ehemaligen Anwerbeländern und deren Kindern fällt dieser Anteil etwa vier Prozentpunkte geringer aus. Berücksichtigt man jedoch die spezifische soziale Position dieser Gruppe, die tendenziell nicht der klassischen Klientel von B90/Die Grünen entspricht, dann reduziert sich der Unterschied zu den Befragten ohne Migrationshintergrund auf lediglich etwas mehr als einen Prozentpunkt.

Die Tatsache, dass sich die erheblichen Unterschiede in den Parteibindungen innerhalb der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund nur zu einem kleinen Teil durch die soziale Stellung und individuelle politische Orientierungen erklären lassen, deutet darauf hin, dass auch die Positionen der Parteien in der Migrations- und Integrationspolitik eine Rolle spielen.⁹ Die eigene Migrations- und Integrationserfahrung ist also selbst ein wichtiger Faktor für die Parteibindung von Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen.

Einbürgerungen: kaum Veränderungen der Stimmenverhältnisse

Trotz der Lockerung des Staatsangehörigkeitsrechts durch die 2001 in Kraft getretene Reform bleibt das deutsche Einbürgerungsrecht vergleichsweise restriktiv.¹⁰ Nach Daten des Mikrozensus 2007 haben in Deutschland insgesamt fast fünf Millionen Menschen, die in Deutschland geboren sind, einen Migrationshintergrund. Ein Drittel von ihnen hat eine ausländische Staatsbürgerschaft. Unter den Volljährigen sind es 42 Prozent bei den 20- bis 25-Jährigen, 64 Prozent bei den 25- bis 35-Jährigen und 70 Prozent bei den 35- bis 45-Jährigen.¹¹ Eine relativ große Anzahl an in Deutschland geborenen Menschen mit Migrationshinter-

grund bleibt somit vom politischen Prozess ausgeschlossen.

Seit jeher sprechen Staaten wie Frankreich oder die USA im Land geborenen Kindern von Migrantinnen und Migranten automatisch die Staatsbürgerschaft zu. Hätten alle in Deutschland geborenen Kinder von Migrantinnen und Migranten entsprechend einem solchen Staatsbürgerschaftsrecht das Wahlrecht, würde sich an den Anteilen der wahlberechtigten Parteianhänger kaum etwas ändern. Eine Projektion auf Basis der SOEP-Daten zeigt, dass die SPD 0,1 Prozentpunkte hinzugewinnen würde, die CDU/CSU würde im gleichen Umfang verlieren.

Weiterhin leben 8,3 Millionen Menschen mit eigener Migrationserfahrung seit mehr als acht Jahren in Deutschland, darunter sind drei Millionen noch ausländische Staatsbürger. Unterstellt man in einem zweiten Szenario, dass sich alle ausländischen Staatsangehörigen, die seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben, einbürgern ließen und somit das Recht hätten, sich an Wahlen zu beteiligen, fielen die Effekte ebenfalls sehr gering aus: Die SPD würde in diesem Fall einen Prozentpunkt hinzugewinnen, die CDU/CSU einen halben Prozentpunkt einbüßen. Änderungen des Einbürgerungsrechts oder des Einbürgerungsverhaltens würden sich somit entgegen mancher Hoffnung oder Befürchtung in den Parteizentralen kaum auf die Machtverhältnisse zwischen den Parteien auswirken.

Fazit

Mit der Dauer des Aufenthalts in Deutschland entwickelt eine zunehmende Zahl von Migrantinnen und Migranten eine Bindung an deutsche Parteien. Heute bevorzugen Migrantinnen und Migranten aus den ehemaligen Anwerbeländern weiterhin zu fast 70 Prozent eher die SPD. Diese Parteibindung ist über Generationen hinweg relativ stabil, auch wenn Migrantennachkommen etwas häufiger B90/Die Grünen präferieren. Dagegen gibt es eine klare Nähe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zur CDU/CSU.

Diese Unterschiede zwischen Migrantengruppen sind nicht durch Unterschiede in der sozialen Position oder in politischen Einstellungen zu erklären. Vielmehr liefern der Migrationshintergrund – und damit auch die Migrationsrahmenbedingungen – einen eigenständigen Beitrag zur Erklärung der Parteipräferenz von Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen.

⁹ Wüst, A.: Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte 52, 2003, 29–38.

¹⁰ Mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts wurde für Kinder von Migrantinnen und Migranten, die ab dem 1. Januar 2000 geboren wurden, das Geburtsortprinzip eingeführt. Zusätzlich wurden unter anderem die Regeln für eine sogenannte Anspracheinbürgerung geändert. Demnach müssen ausländische Staatsbürger 1) seit acht Jahren gewöhnlich und rechtmäßig in Deutschland leben, 2) ihren Lebensunterhalt ohne Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II bestreiten, über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, den Einbürgerungstest schaffen, nicht wegen einer Straftat verurteilt gewesen sein, sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bekennen und ihre alte Staatsangehörigkeit aufgeben.

¹¹ Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. 2009.

Eine Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen der Migrantenbevölkerung und der sogenannten Mehrheitsgesellschaft – eine der Leitlinien des Nationalen Integrationsplans – geht mit der Partizipation der Menschen mit Migrationshintergrund am politischen Leben einher.¹² Dies setzt voraus, dass Migrantinnen und Migranten und deren

12 Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Der Nationale Integrationsplan, 2007, www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/nationaler-integrationsplan,property=publicationFile.pdf.

Nachkommen die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen und damit wählen können und auf allen Ebenen der Politik ihren Platz finden. Die Aufnahme von Neubürgerinnen und Neubürgern in die Gemeinschaft der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sollte von den Parteien als Chance begriffen werden. Eine Erleichterung der Einbürgerung von Menschen mit Migrationshintergrund, wäre ein klares Signal von Aufnahmebereitschaft. Dies würde sich wiederum auf das Einbürgerungsverhalten positiv auswirken.

JEL Classification:
Z13, P16, J15

Keywords:
Migrants,
Political behavior,
SOEP

Ansgar Belke, Walter Orth, Ralph Setzer

**Liquidity and the Dynamic Pattern of Asset Price Adjustment:
A Global View**

Global liquidity expansion has been very dynamic since 2001. Contrary to conventional wisdom, high money growth rates have not coincided with a concurrent rise in goods prices. At the same time, however, asset prices have increased sharply, significantly outpacing the subdued development in consumer prices. We investigate the interactions between money and goods and asset prices at the global level. Using aggregated data for major OECD countries, our VAR results support the view that different price elasticities on asset and goods markets explain the observed relative price change between asset classes and consumer goods.

Discussion Paper Nr. 933

Oktober 2009

Peter Haan, Katharina Wrohlich

**Can Child Care Policy Encourage Employment and Fertility?
Evidence from a Structural Model**

In this paper we develop a structural model of female employment and fertility which accounts for intertemporal feedback effects between the two outcomes. We identify the effect of financial incentives on the employment and fertility decision by exploiting variation in the tax and transfer system which differs by employment state and number of children. To this end we simulate in detail the effects of the tax and transfer system including child care costs. The model provides estimates of structural preferences of women which can be used to study the effect of various policy reforms. In particular, we show that increasing child care subsidies conditional on employment increases labor supply of all women as well as fertility of the childless and highly educated women.

Discussion Paper Nr. 935

Oktober 2009

Frank M. Fossen

**Gender Differences in Entrepreneurial Choice and Risk Aversion:
A Decomposition Based on a Microeconomic Model**

Why are female entrepreneurs so rare? Women have both to a lower entry rate into selfemployment and a higher exit rate in Germany. To explain the gender gap, a structural microeconomic model of the transition rates is estimated, which includes a standard risk aversion parameter. As inputs into the model, the expected value and variance of earnings from self-employment and dependent employment are estimated separately by gender, accounting for non-random selection into the employment states. The gender differential in the transition rates is decomposed using a novel extension of the Blinder-Oaxaca technique for nonlinear models. Women's higher estimated risk aversion is found to explain the largest part of their higher exit rate, but only a small part of their lower entry rate.

Discussion Paper Nr. 936

Oktober 2009

Themen des nächsten Wochenberichts:
Erdgasspeicher
Anlageentscheidungen von Frauen und Männern

Veranstaltungen des DIW Berlin

DIW Berlin, IZA Bonn, OECD Berlin Centre und CEPR London laden ein zum Berlin Lunchtime Meeting

Wie googelt man eigentlich Wettbewerb?

Suchmaschinen zwischen steigender Konzentration, Innovationsanreizen und Verbrauchernutzen

Dr. Ferdinand Pavel, DIW econ

Dr. Wolfgang Sander-Beuermann, Leibniz Universität Hannover

Mittwoch, 25. November 2009, 12 bis 14 Uhr

DIW Berlin, Mohrenstr. 58, 10117 Berlin
Schumpeter Saal, 1. OG

Internet-Suchmaschinen haben eine dominierende Rolle als Vermittler und Kontrolleur des Wissenszugangs. Auch im boomenden Online-Werbemarkt kommt niemand an ihnen vorbei.

Der globale Markt für Suchmaschinen ist hochgradig konzentriert: Dem Marktführer Google ist es dabei gelungen, seine Position immer besser gegenüber Wettbewerbern auszubauen und zu festigen. Dies hat schwerwiegende Folgen beispielsweise für Medienunternehmen, denen die Werbeerlöse wegbrechen.

Damit steigen aber auch die Anreize, diese dominante Position zu missbrauchen. Die Präsentationen dieses Berlin Lunchtime Meetings zeigen die Zusammenhänge auf, die zu zunehmender Konzentration im Suchmaschinenmarkt führen und beleuchten verschiedene Missbrauchsoptionen. Und sie schlagen politische Lösungsansätze für mehr Wettbewerb vor.

Ferdinand Pavel ist Manager bei DIW econ GmbH, dem Consulting-Unternehmen des DIW Berlin. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Ökonomie von Informations- und Kommunikationstechnologien, Wissensgesellschaft und Internet. Zu diesem Thema berät Dr. Pavel private und öffentliche Auftraggeber, einschließlich der Europäischen Kommission.

Wolfgang Sander-Beuermann ist Leiter des Suchmaschinen-Labors der Leibniz Universität Hannover. Das Labor entwickelt Hochleistungs-Suchmaschinen wie etwa *MetaGer.de* oder *forschungsportal.net*. Dr. Sander-Beuermann ist zudem Geschäftsführer des Vereins zur Förderung der Suchmaschinen-Technologie und des freien Wissenszugangs SuMa-eV, der sich für den Aufbau einer dezentralen und kooperativen Suchmaschinen-Struktur in Deutschland einsetzt.

Die Veranstaltung findet in deutscher Sprache statt.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme an dieser Veranstaltung und bitten Sie, Ihre **verbindliche Anmeldung** via e-mail an events@diw.de zu senden.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Preisstelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.



Schüssler 2008

Trotz ökonomischer Erfolge: Die DDR wirkt nach

von Gert G. Wagner*

Zwanzig Jahre sind seit dem Fall der innerdeutschen Mauer vergangen. Dieser Anlass wird von vielen Stammtischen wie Kommentatoren mit der Feststellung verknüpft, dass die deutsche Vereinigung ökonomisch nicht besonders geglückt sei. So ist in Ostdeutschland in der Tat nicht nur die Arbeitslosigkeit höher als in Westdeutschland, sondern gleichzeitig sind die Einkommen noch immer erkennbar niedriger. Aber deuten diese Befunde auf einen Misserfolg des deutschen Vereinigungsprozesses hin?

Bereits vor der endgültigen Vereinigung im Oktober 1990 war klar, dass die Währungs-umstellung von einer Ostmark zu einer D-Mark schwere Probleme bereiten würde. Denn es kam nicht nur die D-Mark nach Ostdeutschland, sondern gleichzeitig wurden auch die Löhne erhöht. Angesichts der erschreckend geringen Produktivität der DDR-Wirtschaft konnte das nicht gutgehen. Im Nachhinein war die Art des Ausverkaufs der Industrie- und Immobilien-Substanz durch die Treuhandanstalt sicherlich ein Fehler. Aber für den ostdeutschen Kaltstart gab es im Vorhinein nun einmal keine Blaupause. Und im Nachhinein nützen die schönsten akademischen Analysen nichts.

Betrachtet man nun die alltäglichen Lebensverhältnisse der Menschen in Ostdeutschland, so ist das Bild zwar gemischt, aber man muss bedenken, dass Ostdeutschland keine Chance hatte, sich wie andere osteuropäische Länder mit Hilfe einer eigenen Währung langsam zu entwickeln. Stattdessen musste in Ostdeutschland sofort etwas geschehen. Ansonsten drohte die Abwanderung von Millionen Menschen in den Westen. Das hätten beide Landesteile nicht verkraftet.

Die am DIW Berlin angesiedelte große Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) zeigt das gemischte Bild der Vereinigung – die mit einem Haushaltseinkommen, das in Ostdeutschland bei 80 Prozent des West-Einkommens liegt, im Durchschnitt auch gar nicht unerfolgreich ist. Und da, wo Subventionen direkt in materielle Verbesserungen geflossen sind, haben sie auch Wirkung gezeigt. So sind seit ein paar Jahren die Menschen in Ostdeutschland mit ihren Wohnungen genauso zufrieden wie im Westen.

Die Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland ist allerdings nach wie vor deutlich niedriger. Das hat aber keineswegs nur etwas mit Arbeitslosigkeit und niedrigeren Einkommen zu tun, sondern ist offenkundig auch das Ergebnis der gesellschaftlichen Entwertung der Lebensleistung der heute älteren Menschen in Ostdeutschland. Seit 20 Jahren bekommen sie vorgeführt, dass ihre enorme Aufbauleistung nach dem Zweiten Weltkrieg am Ende nicht viel wert war. Es ist sehr verständlich, dass diese Altersgruppe mit ihrem Schicksal hadert. Das war aber – als Preis der neuen Freiheit – wohl unvermeidbar.

* Prof. Dr. Gert G. Wagner leitet die Längsschnittsstudie SOEP am DIW Berlin.